

Staatsstreich in Zeitlupe

Während Diktator Robert Mugabe noch seinen Rücktritt hinauszögert, feiert Simbabwe bereits das Ende seiner 37 Jahre langen Herrschaft. Daran hat auch China einen Anteil. **Von Christian Putsch, Kapstadt**

Robert Mugabe verlor am Dienstag die Kontrolle über Simbabwe und die Armee. Drei Tage lang stand der Noch-Präsident unter Hausarrest, während Panzer auf den Strassen signalisierten, dass nun das Militär regiert. Am Freitag aber liess sich der 93-Jährige zur Universität der Hauptstadt Harare fahren. Er eröffnete, in eine akademische Robe gekleidet, die Feier zur Diplombübergabe. Das macht er seit vielen Jahren so, also auch jetzt, Putsch hin oder her.

Der schläfrig wirkende Mugabe wird mit höflichem Applaus empfangen. Ein letztes Mal Präsidentenalltag. Unter den Studenten, die ihren Abschluss feiern, ist auch die Frau von Constantino Chiwenga, dem Armeechef. Er hat die Übernahme der Kontrolle über Simbabwe angeordnet.

Die Erlaubnis für Mugabe, noch einmal den Zampano spielen zu dürfen, ist das Meisterstück dieses weichen Staatsstreichs. So stellt das Militär diesen nämlich in der Öffentlichkeit als unblutige demokratische Hilfsleistung dar, was fast noch schwieriger ist, als ihn durchzuführen. Denn die Afrikanische Union (AU) sanktioniert Militäraufstände streng. Beim Putsch in Burkina Faso im Jahr 2015 wurden die Aufwiegler als Terroristen beschimpft und mit Reisesanktionen und eingefrorenen Konten bestraft. Das Land wurde vorübergehend aus der AU ausgeschlossen.

Aufbruchstimmung im Land

Trotz dem Zeitlupentempo der Ereignisse in Simbabwe bleibt das Ergebnis das Gleiche. Das Militär sorgt dafür, dass der gewünschte Mann die Macht übernimmt: Emmerson Mnangagwa, der als Geheimdienstchef und Verteidigungsminister lange Mugabes Macht zementiert hatte. Er war erst dieses Jahr in Ungnade gefallen, weil er den präsidentiellen Ambitionen von Mugabes Frau Grace im Wege stand. Sie veranlasste Anfang November seine Entlassung als Vizepräsident.

Auch Mnangagwa ist mit 75 längst im Rentenalter und kein demokratischer Erneuerer. Den Spitznamen «Krokodil» verdiente er sich während der achtziger Jahre. Der Politiker gilt als einer der Drahtzieher der brutalen Niederschlagung des Ndebele-Aufstands mit bis zu 20 000 Toten.

Trotzdem erlebt Simbabwe nun eine seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Aufbruchstimmung. Hunderttausende demonstrierten am Samstag in Harare, um Mugabe zum Rückzug aufzufordern, ein Novum. Noch vor wenigen Wochen hätten Armee und Polizei Schlägertrupps geschickt. Zu der Veranstaltung hatten Oppositionsparteien und die bis vor einem Jahr noch Mugabe-treuen Veteranen des Befreiungskampfes aufgerufen, eine bisher unvorstellbare Allianz.

Auf Plakaten war «Fresh Start» zu lesen – ein Neuanfang für die Nation. Aus der Demonstration, an der auch viele Weisse teil-

Hauptrollen



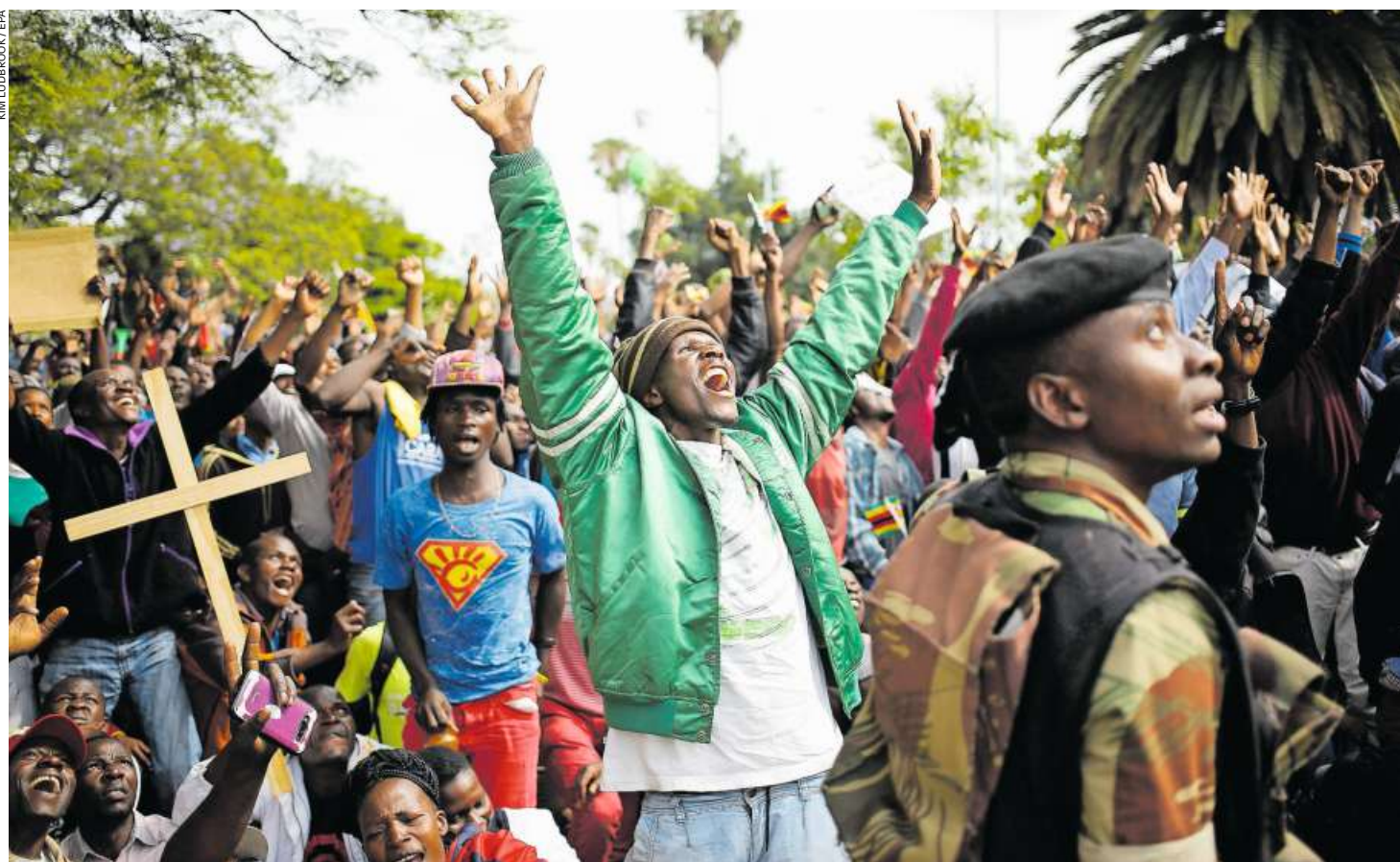
Robert Mugabe ist seit 1987 Präsident von Simbabwe und wandelte sich vom Hoffnungsträger zum Diktator. Er ist für Hungersnöte und den wirtschaftlichen Kollaps des Landes verantwortlich. Seine Tage sind gezählt.



Grace Mugabe, ehemalige Sekretärin mit einem Hang zu Shopping und Gewalt, wird jetzt doch nicht Präsidentin werden.



Emmerson Mnangagwa war vor kurzem Vizepräsident. Er gilt als wahrscheinlicher Nachfolger von Mugabe.



Menschenmengen protestieren am Samstag gegen Präsident Robert Mugabe. (Harare, 18. November 2017)

nahmen, wurde schnell eine Jubelfeier. Denn bereits am Freitag hatten alle Provinzweinstellen der Regierungspartei Zanu-PF angekündigt, ein Misstrauensvotum gegen Mugabe zu unterstützen.

Da war klar: Weigert sich der korrupte Herrscher, nach 37 Jahren Präsidentschaft zurückzutreten, wird er wohl am Sonntag von der Parteispitze abgesetzt und am Dienstag im Parlament des Präsidentenamtes enthoben. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Mugabe bis zum Parteitag im Dezember hält, und ausgeschlossen, dass er seine bis 2018 dauernde Amtszeit beenden kann. Im besten Fall wird er den Schutz vor der überfälligen Strafverfolgung für seine Familie aushandeln.

Auf Fernsehbildern waren in den Massen viele Simbabwe-Fahnen zu sehen, Menschen fielen sich jubelnd in die Arme. Hauptsache, die Mugabe-Ära ist vorbei, so der Tenor. Sein Nachfolger Mnangagwa gilt als pragmatisch und investorenfreundlich, aber nicht als Garant für die Demokratie.

Angesichts von Staatsbankrott und Wirtschaftskrise musste einfach etwas passieren. Der US-Dollar, die offizielle Währung nach dem Zusammenbruch des Zimbabwe-Dollars 2008, ist kaum verfügbar. Die von der Regierung deshalb eingeführten Schuldscheine als Parallelwährung verlieren rasant an Wert.

Heruntergewirtschaftet

Simbabwe im südlichen Afrika



Zimbabwe erlebt die zweite Hyperinflation binnen eines Jahrzehnts.

Wohl auch deshalb ist Mugabe selbst bei seinem wichtigsten Unterstützerland in Ungnade gefallen. Seine Verbindungen nach China gehen bis in den Befreiungskampf der 1970er Jahre zurück. Die guten Beziehungen hielten lange, das Land ist einer der wichtigsten Handelspartner Simbabwes, und Mugabes anhaltende Reputation als Held des Befreiungskampfes öffnete so manche Türen in ande-

ren Ländern des Kontinents. Dafür übernahm China Kredite, die nach Mugabes Wandel zum Diktator Ende der neunziger Jahre im Westen nicht mehr aufzutreiben waren.

Nichts mehr zu holen

Doch in Peking erkannte man zunehmend, dass das Land zu heruntergewirtschaftet war, um noch nennenswerte Geschäfte zu machen. Die Aussicht, dass die politisch und wirtschaftlich gänzlich unqualifizierte Grace Mugabe übernehmen würde, wirkte wohl auch in Fernost verschreckend.

«Mnangagwa gilt dort seit 4 bis 5 Jahren als der bevorzugte Mann», sagt der Deutsche Wilfried Pabst, der in Simbabwe ein Naturreservat betreibt, «man kann stark davon ausgehen, dass China seinen Segen zu den neusten Ereignissen gegeben hat. Letztlich denken die auch geschäftlich.» Unter Mugabe sei «nichts mehr zu holen» gewesen.

Dafür spricht, dass der Armeechef und Mnangagwa-Verbündete Chiwenga nur wenige Tage vor Beginn des Putschs nach China gereist war, um sich mit Verteidigungsminister Chang Wanquan zu treffen. Das dortige Ausserministerium sprach von einem «normalen Militäraustausch», verweigerte aber Informationen zum konkreten Gesprächsinhalt.

Nachgefragt

«Es ist wie eine Befreiung»

Sie arbeiten als Arzt in Simbabwe. Wie ist die Stimmung nach dem Putsch?

Es ist wie eine Befreiung. Ich habe gesehen, wie Menschen einen Militärlastwagen beklatscht haben. Und jetzt haben ja Hunderttausende in der Hauptstadt Harare demonstriert, zusammen mit den Soldaten.

Waren Sie auch dabei?

Nein. Es wäre nicht klug, sich als Ausländer an diesem Marsch zu beteiligen. Diese Wende gehört den Einheimischen.

Sie sind Begründer einer HIV-Klinik am Stadtrand von Harare. Können Sie Ihre Arbeit machen?

Ja. Die Patienten kommen wie immer. Alle Angestellten sind erschienen. Die Leute reden aber über die Ereignisse, auch bei uns in der Klinik in der Teeküche, und da geht es oft laut zu. Ich habe in

den bisher 14 Jahren in Simbabwe nicht so viele politische Diskussionen gehört wie jetzt.

Das heisst, die Menschen haben die Angst verloren?

Ja, das glaube ich. Ich habe gehört, wie ein Mann kurz nach dem Putsch voller Freude sagte: «Das ist ein Tag, den ich in meinem Leben nicht vergessen kann.»

Worauf hoffen die Leute?

Auf ein Ende der politischen Stagnation. Während die wirtschaftliche Lage immer schlechter wurde, hat sich politisch nichts getan. Man rechnet jetzt mit einer Koalitionsregierung, zwar unter der Leitung von Emmerson Mnangagwa, der zur alten Garde gehört, aber unter Einbezug der Opposition.

Wie ist die humanitäre Lage?

Hunger und Armut sind in den

Ruedi Lüthy



Der Schweizer Aids-Forscher begründete 2004 die Newlands Clinic in Harare. Sie wird über Spenden finanziert.

letzten Jahren schlimmer geworden. Die meisten sind arbeitslos. Die Inflation galoppiert.

Was bedeutet das für die Arbeit Ihrer Klinik?

Wir versuchen, eine umfassende Betreuung zu bieten. Wir geben also nicht nur Medikamente ab, sondern auch Nahrungsmittel. Wir übernehmen das Schulgeld, wo es sich die Familie nicht leisten kann.

Wir organisieren sogar Anlehen für die Jugendlichen.

Kann man sich da überhaupt teure HIV-Medikamente leisten?

Die Behandlung in der Newlands Clinic ist gratis, und wir zahlen ja viel tiefere Preise als etwa in der Schweiz. So können wir die meisten unserer HIV-Patienten vor dem Ausbruch von Aids schützen.

Ist die Seuche damit gestoppt?

Leider nein. Im ganzen Land nimmt die Anzahl der Menschen mit HIV oder Aids zu, um etwa 10 000 Fälle pro Jahr.

Wird das mit der neuen Regierung besser?

Das ist wohl nicht realistisch. Das Land ist am Boden. Es braucht viel, damit die Investoren wieder Vertrauen fassen. Da bleibt nicht viel für den Kampf gegen HIV. Interview: Matthias Knecht

Verstoss gegen Sanktionen

Schweizer Firma lieferte «Repressionsgüter» nach Simbabwe

Die Schweiz betreibt gegenüber dem afrikanischen Land eine zweigleisige Politik. Auf der einen Seite erliess sie im Jahr 2002 Sanktionen gegen Staatschef Robert Mugabe, dessen Entourage und verschiedene regierungsnahen Unternehmen. Diese sind bis jetzt in Kraft. Demnach ist es Schweizer Firmen untersagt, Rüstungsgüter nach Simbabwe zu verkaufen sowie Gelder von Mugabe und ihm nahestehenden Personen zu verwalten. Den sanktionierten Staatsangehörigen aus Simbabwe wiederum sind Reisen in die Schweiz verboten.

Drei Schweizer Firmen haben in den letzten Jahren gegen diese Sanktionen verstossen, wie Fabian Maienfisch, Sprecher des zuständigen Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), sagt. So

wurden 2010 und 2011 zwei Schweizer Finanzinstitute gebüsst, weil sie verbotene Geldgeschäfte getätigt hatten. Das erste wurde mit 150 000 Franken gebüsst, das zweite mit 2000 Franken. Schliesslich sprach das Seco 2014 gegen eine Schweizer Firma eine Busse von 5000 Franken aus. Diese hatte «Repressionsgüter» an den autokratisch regierten Staat geliefert, wie der Seco-Sprecher sagt. Nähere Angaben zu den Gütern und der Firma macht er nicht.

Auf der anderen Seite leistet die Schweiz in Simbabwe humanitäre Hilfe und betreibt Entwicklungszusammenarbeitsprojekte. So ist die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) an rund vierzig Projekten im Land beteiligt. Lukas Häuptli